



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 10.12.2020**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 15:30 Uhr bis 16:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Ute Haupt	Ausschussvorsitzende
	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Stefanie Mackies	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
	Vertretung für Frau Jahn
Olaf Schöder	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
	Teilnahme von 15:34 Uhr bis 16:45 Uhr
Dr. Ulrike Wünscher	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhardt Bönisch	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
	Teilnahme ab 15:39
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Annette Kreuzfeldt	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dr. Regina Schöps	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Angela Ernst	Sachkundige Einwohnerin
Tobias Heinicke	Sachkundiger Einwohner
Markus Jürisch	Sachkundiger Einwohner
Jan Röttschke	Sachkundiger Einwohner
Ines Dunker	Sachkundige Einwohnerin

Verwaltung

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Dr. Heike Schaarschmidt	Referentin GB IV
Jörg Baus	Leiter Fachbereich Soziales
Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte

Entschuldigt fehlten:

Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Dr. Tarek Ali	Sachkundiger Einwohner
Svea Detering	Sachkundige Einwohnerin
Guido Haak	Sachkundiger Einwohner
Dr. Christine Gröger	Leiterin Fachbereich Gesundheit

zu **Einwohnerfragestunde**

zu **Herr Rodney Thomas zum Impfzentrum und Impfstoffverteilung**

Herr Rodney Thomas fragte zur Sicherheit des Impfstoffes nach, da bereits bei einigen Probanden und Tieren starke Nebenwirkungen und Todesfälle aufgetreten sind und jetzt, seiner Meinung nach, eine Pflichtimpfung stattfinden soll. Er wollte wissen, ob bei der Öffnung des Impfzentrums die Personen über sämtliche Nebenwirkungen und Gefährdungen informiert werden und die schriftliche Zustimmung zum Impfen mit Kenntnisnahme dieser Nachteile eingeholt wird.

Frau Brederlow wies eingangs darauf hin, dass die Impfung keine Pflichtimpfung, sondern auf freiwilliger Basis erfolgen wird. Die Risiken, die mit einer Impfung verbunden sind, werden auch in den Impfzentren im Aufklärungsgespräch mit den Impfwilligen erörtert.

Herr Rodney Thomas sprach an, dass es sich bisher um reine Experimente handelt und es sich nicht um einen traditionellen Impfstoff handelt und dies vom Nürnberger Kodex und der Deklaration von Helsinki verboten sind. Wie kann das überwunden werden?

Frau Brederlow erwiderte, dass sie darauf nicht antworten kann, da an dieser Stelle auch die Zulassungsbehörden gefragt sind. Sie sagte, dass er seine Frage schriftlich einreichen könne und diese eventuell später beantwortet werden kann, wenn mehr Erkenntnisse dazu vorliegen.

Herr Rodney Thomas fragte zu einer Software-Lösung nach, worauf **Frau Brederlow** antwortete, dass vorgesehen ist, dass bundesweit eine einheitliche Software verwendet wird, um diese Themen zu erfassen.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die Ausschussvorsitzende, **Frau Haupt**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Haupt machte darauf aufmerksam, dass darum gebeten wird, eine Mund-Nasen-Bedeckung in der Sitzung zu tragen. Herr Schöder hat ein ärztliches Attest vorliegen und ist davon befreit.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Haupt sprach Änderungen zur Tagesordnung an.

Erledigt hat sich der TOP 5.1, da der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion bereits im vorangegangenen Ausschuss vom Antragsteller zurückgezogen wurde.

Der TOP 5.2 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU wird vertagt, da dieser in den zwei zuständigen Fachausschüssen vertagt worden ist; hierzu gab es keinen Widerspruch.

Unter dem TOP 7.3 wurde bereits eine neue Mitteilung hinterlegt.

Weitere Änderungen gab es nicht zur Tagesordnung, sodass **Frau Haupt** zu deren Abstimmung aufrief.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Die Tagesordnung wurde festgestellt.

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2020
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Förderung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/01783 **erledigt**
- 5.2. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und CDU für einen Masterplan "Saubere Saale"
Vorlage: VII/2020/01827 **vertagt**
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Kosten der Unterkunft „Schlüssiges Konzept“ 2021-2022
- 7.2. Vorstellung „Projekt DRK dekultiv“ des DRK Landesverbandes
- 7.3. Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen SGB XII sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (RBEG)
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen
- 9.1. Themenspeicher

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 12.11.2020

Die Niederschrift vom 12.11.2020 wurde ohne Einwendungen bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

Frau Haupt fragte, ob der TOP 5.2 vorgezogen werden kann, da Vertreter des DRK dies präsentieren werden. Es gab keinen Widerspruch zu dem Vorschlag, sodass so verfahren wurde.

zu 7.2 Vorstellung „Projekt DRK dekultiv“ des DRK Landesverbandes

Die Präsentation wurde in Session hinterlegt.

Frau Haupt begrüßte Manuela Vatteroth als Projektleiterin DRK dekultiv und Katja Fischer, stellvertretende Landesgeschäftsführerin des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

Frau Fischer informierte, dass das Projekt DRK dekultiv seit ca. 1 ½ Jahren in der Stadt Halle (Saale) angeboten und von der Stadt finanziell mit unterstützt wird. Der Begriff „dekultiv“ setzt sich zusammen aus: Divers, Interkulturell und Inklusiv“ und zeigt auf, womit sich das Projekt auseinandersetzt.

Anhand einer Präsentation wurde ein Überblick und Ausblick zum Projekt gegeben, welches am 31.12.2021 enden wird. **Frau Vatteroth** führte im Detail zu den einzelnen Punkten aus.

Frau Haupt fragte, wie die Familien von dem Projekt erfahren und sich dort melden.

Frau Vatteroth antwortete, dass aktuell mit dem Elisabethkrankenhaus, dem Sozialpädagogischen Zentrum (SPZ), den Schulen und Kita's sehr intensive Kontakte bestehen, sodass dann die Sozialarbeiter oder Erzieher/-innen auf Familien mit Unterstützungsbedarfen hinweisen.

Herr Bönisch fragte zu den Veranstaltungen mit Sprachmittlern nach, die das nicht professionell machen, wie das Projekt zu diesen Personen kommt. Sind das selbst Betroffene oder Dritte und arbeiten diese ehrenamtlich oder erhalten ein kleines Entgelt?

Frau Vatteroth antwortete, dass es Kontakte über Dritte, über Medizinstudenten etc. gab. Der arabische Medizinstudent wurde über „Buschfunk“ vermittelt. Das Projekt ist mittlerweile sehr gut bekannt und dadurch melden sich mittlerweile auch eigenständig Personen, die

ehrenamtlich mitarbeiten. Anfangs lief das über VeMo (Verband der Migrantenorganisationen Halle (Saale) e.V.), das hat super geklappt.

Es wird mit festen und ehrenamtlichen Personen gearbeitet, letztere erhalten eine Aufwandsentschädigung. Durch das über „Aktion Mensch“ geförderte Projekt steht hierfür das Budget mit zur Verfügung.

Herr Jürisch fragte nach den Erfahrungswerten zu psychotherapeutischem Bedarf in den Familien und wie damit verfahren wird. Hier gibt es sicher eine Zusammenarbeit mit dem Psychosozialen Zentrum (PSZ)?

Frau Vatteroth erwiderte, dass das PSZ nur für den Personenkreis ist, der noch im Asylprozess ist, was auf ihre Familien meist nicht mehr zutrifft. Der psychologische Faktor spielt eine große Rolle, es gibt keine arabischen Psychologen, außer bei ihnen. Zumindest für die arabisch sprechenden Familien wird anfangs in den Sprechstunden der für ihr Projekt mitarbeitenden Psychologin Hilfe angeboten.

Frau Haupt dankte für die Vorstellung dieses Projektes.

zu 7.1 Kosten der Unterkunft „Schlüssiges Konzept“ 2021-2022

Die Unterlagen und Präsentation wurden in Session hinterlegt.

Herr Baus stellte anhand einer Präsentation das „Schlüssige Konzept“ und die Kosten der Unterkunft vor. **Herr Baus** empfahl abschließend folgende Broschüre hierzu:

„Empfehlungen zu den angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung im SGB II und SGB XII“ 2014

Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e. V. Berlin

ISBN 978-3-7841-2673-9

www.lambertus.de

Herr Senius fragte, ob eine Erstattung erfolgt, wenn sich die tatsächlichen Kosten innerhalb des Schlüssigen Konzeptes bewegen.

Herr Baus antwortete, dass die tatsächlichen Kosten übernommen werden, soweit diese angemessen sind.

Herr Senius fragte, ob sich die Angemessenheit nach dem Schlüssigen Konzept richtet, was **Herr Baus** bejahte.

Durch **Herrn Senius** wurde gefragt, ob bekannt ist, ob sich die Nachfrageanalyse von der Stadt Halle (Saale) von anderen ostdeutschen Vergleichsstädten wesentlich unterscheidet.

Herr Baus antwortete, dass sich diese schon unterscheidet. Städte mit vielen SGB II – Empfängern haben eine entsprechend höhere Nachfrage als andere Städte. In Magdeburg ist es in etwa gleich. Es gibt signifikante Unterschiede zwischen den Städten und Landkreisen.

Herr Senius bat darum, dass bei Gelegenheit die Daten hierzu grob aufbereitet werden, damit man weiß, wo der wesentliche Strukturunterschied in der Nachfrageanalyse Halle und den Vergleichsstädten ist.

Herr Senius fragte, was mit dem „Schlüssigen Konzept“ jetzt passiert; wird der Stadtrat zu KdU - Sätzen nochmals beteiligt oder erfolgt jetzt der entsprechende Automatismus, dass, wenn die Angemessenheit innerhalb des Konzepts vorliegt, dies anerkannt und das Jobcenter informiert wird.

Durch **Herrn Baus** wurde auf den übertragenen Wirkungsbereich hingewiesen, weswegen auch städtisches Handeln erfolgt. Die Verwaltung benötigt keine Zustimmung, sondern es erfolgt hierzu die Kenntnisnahme und Veröffentlichung. Es gibt auch Abstimmungsrunden mit dem Jobcenter. Zum 01.01.2021 soll es dann umgesetzt werden.

In der Vorbesprechung gab es auch die Verständigung, dass bei Interesse von Fraktionen natürlich auch nochmal eine Verständigung erfolgen kann, in der Pandemiezeit allerdings dann sicher nur über Videokonferenzen. Dies müsste der Verwaltung mitgeteilt werden.

Frau Ernst fragte, ob dieses Konzept von der Stadt oder der Immobilienconsult GmbH Halle erarbeitet wurde.

Herr Baus antwortete, dass es eine Ausschreibung gab und die Vergabe an „Analyse und Konzept“ ging. Allein hätte die Stadt es nicht machen können.

Frau Ernst fragte, in welcher Größenordnung die Erarbeitung des Konzeptes war.

Herr Baus antwortete, dass sich dies auf 17 TEUR belaufen hat.

Frau Dr. Schöps fragte, ob das Schlüssige Konzept schon einmal dem Stadtrat vorgelegen hatte.

Durch **Herrn Baus** wurde gesagt, dass es in der Vergangenheit dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben wurde. Das Konzept ist dann in der Veröffentlichung und kann zur Kenntnis genommen werden.

Frau Brederlow warb dafür, dass interessierte Fraktionsmitglieder sich gern bei der Verwaltung melden können, wenn es Fragen gibt oder eine Vorstellung gewünscht wird. Es gab auch Gespräche mit Herrn Rebenstorf, da es hierbei auch um den Mietspiegel und die städtebauliche Entwicklung – wo entsprechender Wohnraum gefunden werden kann – geht. Die Mieten entwickeln sich insgesamt nach oben, was auch städtebaulich mit betrachtet werden muss.

zu 7.3 Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen SGB XII sowie des Asylbewerberleistungsgesetzes (RBEG)

Die Unterlagen wurden in Session hinterlegt und zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Information zum Haus der Wohnhilfe

Herr Baus informierte, dass vor dem Haus der Wohnhilfe zwei Container aufgestellt worden sind, in welchem ggf. positiv getestete Obdachlose Aufnahme finden können.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 8.1 Fraktion DIE LINKE zur Pandemiesituation

Frau Haupt stellte vier Fragen zur Pandemiesituation, welche vorab der Verwaltung bereits zugegangen waren.

1. Welche Teststrategie verfolgt die Stadt derzeit?

Frau Brederlow antwortete, dass die Teststrategie täglich erfahren werden kann bzw. kommt jeden Samstag eine entsprechende Statistik in der Pressekonferenz. Die Stadt verfolgt immer die Teststrategie, die vorgegeben ist. Das Robert-Koch-Institut (RKI) aktualisiert regelmäßig die Teststrategie.

In dieser Woche werden die Zahlen hoch gehen, da die freiwilligen Schnelltests durchgeführt werden.

2. Gibt es weitere Bestrebungen, Ausbrüche durch prophylaktische Tests zu identifizieren, z. B. in Schulen; Kita's und Pflegeeinrichtungen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen?

Frau Brederlow bejahte dies und wies aktuell auf die Pflegeeinrichtungen hin, was diese auch vor große Herausforderungen stellt. Kita's und Schulen werden getestet, wenn tatsächlich Coronafälle vorliegen, auch um die Quarantänezeiten zu verkürzen. Ansonsten gibt es für die Pädagogen der Schulen und Kita's vom Land das Angebot, dass sich diese am 07./08.01.2021 selbst testen können.

3. Wieso fallen bei steigenden Fallzahlen die Testzahlen immer weiter ab, hier verwies Frau Haupt wieder auf die Grafik zur eingereichten Anfrage. Sollte in dieser Situation nicht mehr getestet werden? In der Kalenderwoche 48 hat die Positivrate bei den Tests erschreckende 12,5 % betragen, höher als jemals im Frühjahr. Das entspricht insgesamt dafür, dass im Hintergrund ein größeres Infektionsgeschehen passiert, das nicht erfasst wird. Wie geht die Stadtverwaltung damit um?

Frau Brederlow verwies auf ihre bereits vorangegangene Antwort, indem jetzt mehr getestet wird.

4. Wie ist die aktuelle Arbeitssituation im Gesundheitsamt, wie viel Personal wird aktuell – Stand 01.12.2020 – zur Eindämmung der Coronapandemie eingesetzt? Wie viele Mitarbeiter waren es Ende März? Welches zusätzliche Personal wird für Kontaktnachverfolgung eingesetzt, aus welchen anderen Abteilungen? Welches zusätzliche Personal wurde eingestellt und auf welcher Basis, Minijobber? Und wie werden sie auf die anstehenden Aufgaben vorbereitet?

Frau Brederlow antwortete, dass die Anzahl des Personals im März und Anfang Dezember schriftlich zugehen werden. Die anderen Fragen lassen sich nicht pauschal beantworten, da dies vom Infektionsgeschehen her variiert, wie viel Personal aus den anderen Verwaltungsbereichen und zwar aus **allen** Bereichen entsprechend unterstützt. Es gibt auch längerfristige Abordnungen und neben dem Minijobangebot gab es erste Ausschreibungen

wie bspw. Beratungsarzt. Leider gab es auf diese Stellenausschreibung nur eine Bewerbung, was wieder die Situation in dem Bereich zeigt und auf den Fachkräftemangel hinweist.

Nach dem Beschluss des Haushalts wird es weitere Ausschreibungen geben, damit die 18 zusätzlichen Stellen zeitnah besetzt werden können.

zu 8.2 Herr Helmich Situation in Pflegeheimen

Herr Helmich fragte zur Testsituation in den Pflegeheimen, wie logistisch die Versorgung mit den Tests erfolgt und ob es Probleme mit den unterschiedlichen Besuchszeiten gibt.

Er nannte als Beispiel den Riebeckstift, der Besuchszeiten mit Voranmeldung zu zwei zeitlich begrenzten Zeiträumen macht. Gibt es größere Einschränkungen auch bei der personellen Absicherung.

Frau Brederlow antwortete, dass es Einschränkungen generell in den Einrichtungen gibt, wo Quarantäne besteht. Jede Einrichtung war aufgefordert worden, entsprechende Testkonzepte zu erstellen, was von fast allen Einrichtungen bereits erfolgt ist. Es liegt in erster Linie in der Verantwortung der Einrichtungen. Es gibt eine Empfehlung, wie die Einrichtungen mit ihren Testkonzepten umgehen sollen. Die Schnelltests müssen sich die Einrichtungen selbst besorgen, diese erhalten sie auch refinanziert. Wenn eine Einrichtung nicht ausreichend Tests hat, stellt die Stadt auch welche zur Verfügung, der Ansprechpartner ist den Einrichtungen auch bekannt.

Personell ist es natürlich eine Herausforderung für die Einrichtungen.

Herr Helmich fragte zur Marktlage für die Beschaffung dieser Tests nach.

Frau Brederlow sagte, dass es momentan noch keine Probleme bei der Beschaffung gibt, allerdings ist die Preisentwicklung entsprechend der Nachfrage.

zu 8.3 Frau Ernst zum Stand von Beschlüssen

Frau Ernst fragte zum aktuellen Stand von drei gefassten Beschlüssen nach.

Wie ist der Stand an der Beteiligung am kommunalen Förderprogramm des GKV-Bündnisses für Gesundheit, wurde der Antrag gestellt?

Frau Dr. Schaarschmidt antwortete, dass dies über den Fachbereich Gesundheit läuft und 2020 coronabedingt keine Ressourcen dafür zur Verfügung standen. Derzeit wird der Antrag erarbeitet und hierfür steht ein Berater aus Ortenau zur Seite.

Vom Fördermittelgeber wurde die erst gegebene Frist für 12/2019 aufgehoben und jetzt keine Abgabefrist benannt, sodass die Verwaltung hofft, im Frühjahr den Antrag abgeben zu können, was noch nicht verbindlich gesagt werden kann. Aufgrund der Pandemiesituation konnten alle Kommunen den zuerst gesetzten Termin nicht einhalten.

Frau Ernst fragte zur Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland nach, da sich hier die Gesetzeslage geändert hat. Inwieweit wird diese Tatsache berücksichtigt?

Frau Dr. Schaarschmidt antwortete, dass hier ebenfalls coronabedingt noch nichts möglich war, da es hierfür keine personellen Ressourcen gibt.

Frau Ernst wird Mitte 2021 hierzu nachfragen.

Weitergehend wollte **Frau Ernst** zum Antrag der SPD-Fraktion zur Mitgliedschaft der Stadt Halle in der Arbeitsgemeinschaft Weinheimer Initiative wissen, ob die Stadt hier mitarbeitet.

Frau Brederlow antwortete, dass die Stadt ab 2021 den Beitrag zahlt und dann dort mitarbeitet. Es hat erste Videogespräche gegeben, an denen die Stadt bereits teilgenommen hat.

zu 8.4 Frau Dr. Kreutzfeldt zu Haushaltsstelle Frauenschutzhaus

Frau Dr. Kreutzfeldt fragte zum Frauenschutzhaus zum Finanzansatz nach. Hier ist der Ansatz 2021 gegenüber 2020 um 85 TEUR verringert und dies wurde mit einem geringeren Personalbedarf begründet. Sie fragte, ob der Haushaltsansatz erhöht werden muss, um die volle Personalstellen vorhalten zu können.

Frau Brederlow wies auf die Haushaltstabelle mit der Anfrage und Antwort dazu hin. Wenn es mit dem Stellenplan verglichen wird, fällt auf, dass es keinen verringerten Stellenanteil gibt. Es ist ein finanzielles Thema, welches entsprechend von dem zuständigen Bereich beantwortet worden ist.

zu 8.5 Frau Dunker zu Vorgehen in Kita

Frau Dunker sprach an, dass in einer Kita ein Elternteil positiv getestet worden ist und das Kind dann auch mit den Gruppenkindern zu Hause bleiben sollte, demzufolge waren ca. 90 Kinder von der Kita zu Hause. Viele Eltern waren irritiert darüber, dass das Kind des positiv getesteten Elternteils nicht getestet worden ist. Sie fragte, ob dies ein normales Vorgehen ist und das demzufolge solche Auswirkungen hat.

Frau Brederlow verstand das angesprochene Vorgehen nicht, weil dies nur im Fall des positiv getesteten Kindes so gewesen wäre. Ihr ist aber nicht bekannt, ob das positiv getestete Elternteil sich über längere Zeit in der Kita aufgehalten hat. Sie bat darum, ihr den Namen der Kita zuzuarbeiten, um dies prüfen zu können.

Direkte Kontaktpersonen werden nicht immer getestet, sondern nur, wenn Symptome auftreten.

zu 9 Anregungen

zu 9.1 Themenspeicher

Der Themenspeicher war in Session hinterlegt worden und wurde zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Herr Senius zu Fördermöglichkeiten

Herr Senius sprach an, dass hinsichtlich des Fundraisings ein guter Überblick zu Landes- und Bundesprogrammen in den Fachbereichen besteht. Er fragte, ob dies auch zu Förderalternativen in Stiftungen besteht und wenn nein, regte er an, dass dies fachbereichsübergreifend aufgebaut werden sollte.

Frau Brederlow wies darauf hin, dass die Stadt die Freiwilligenagentur mit der Fundraisingstelle fördert und dies darüber erfolgt.

zu 9.2 Herr Senius zum künftigen Umgang mit Präsentationen

Herr Senius regte an, zukünftig Präsentationen vorab der Sitzung bereits den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen, damit diese sich bereits darauf vorbereiten und anstehende Fragen stellen können. Er bat darum, diese Möglichkeit zu prüfen.

zu 9.3 Herr Senius zur Verfügungstellung von FFP2 Masken in Ausschüssen

Herr Senius regte an, dass nicht nur im Stadtrat, sondern auch in den Ausschüssen den Anwesenden FFP 2 Masken zur Verfügung gestellt werden.

Frau Haupt beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende

Uta Rylke
Protokollführerin